



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Susanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schutz durch Sichtbarkeit - Gewalt gegen medizinisches Personal erkennen und begegnen - Fachgespräch zum Handlungsbedarf

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention führt ein Fachgespräch zum Thema Gewalt, Diskriminierung und Rassismus gegen Beschäftigte im Gesundheitswesen durch. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- aktuelle Entwicklungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Gewalt, Diskriminierung und Rassismus gegen Beschäftigte im Gesundheitswesen (z.B. in Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen)
- Häufigkeit und Möglichkeiten der Erfassung von körperlichen Angriffen, verbalen Aggressionen, Drohungen und Belästigungen
- bestehende Schutzmechanismen, Präventionsmaßnahmen, Schutzkonzepte oder Schulungsmaßnahmen (z.B. Best Practice Beispiele) und Identifizierung von Lücken
- Aufbau und Stärkung von Netzwerken, an die sich Betroffene wenden können; Entwicklung und Umsetzung notwendiger Meldesysteme; Strategien zur effektiven Implementierung solcher Systeme
- Perspektiven und Erfahrungsberichte von Betroffenen und „Erste Hilfe“ Maßnahmen
- Ausweitung des rechtlichen Schutzes auf die Mitarbeitenden in den Einrichtungen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der Erkenntnisse gemeinsam mit den relevanten Akteuren Handlungsempfehlungen und eine Strategie zu entwickeln.

Begründung:

Gewalt und Diskriminierung gegen medizinisches Personal ist längst kein Einzelfall mehr, sondern ein ernstzunehmendes Problem im Gesundheitswesen. Ob in Kliniken, Pflegeeinrichtungen oder im ambulanten Bereich, haben in den vergangenen Jahren und Monaten Berichte über physische und psychische Gewalt, rassistische Anfeindungen oder

diskriminierendes Verhalten gegenüber Beschäftigten zugenommen. Die Formen der Gewalt reichen von Beleidigungen und Drohungen über sexuelle Belästigung bis hin zu körperlichen Übergriffen. Eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft zeigt, dass solche Übergriffe gegen Krankenhausmitarbeiter*innen in den letzten fünf Jahren zugenommen haben. Insbesondere der Pflegedienst aber genauso Ärzte z.B. in den Notaufnahmen werden immer wieder Opfer von verbalen und körperlichen Attacken. Solche Vorfälle haben weitreichende Auswirkungen auf das psychische und physische Wohlbefinden der Betroffenen. Zudem belasten sie nicht nur die Betroffenen, sondern gefährden auch die Qualität der Versorgung sowie die Versorgungssicherheit. Die Ursachen für Übergriffe sind vielfältig. Sie entstehen häufig durch eine Kombination aus einer Überlastung des Systems, unklarer Kommunikation und emotionalen Ausnahmesituationen der Patient*innen. Zusätzlich können Alkohol oder lange Wartezeiten aggressives Verhalten oder Unmissverständnis fördern. Diese Gewalt trifft auf ein System, das ohnehin unter Druck steht.

Trotz der Brisanz des Themas fehlt es immer noch an einer systematischen Datenerhebung und an flächendeckenden Präventionsstrategien. Dies zeigt sich auch in der Antwort der Schriftlichen Anfrage (Mai 2025) mit der Drucksache 19/7223. Das Fachgespräch im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention soll dazu beitragen, die Problematik sichtbar zu machen und gemeinsam über Lösungsansätze zu sprechen.